



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/57 - 10.3.54

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Aktivierete Wiedervereinigungspolitik	S. 1
Großbritannien und die Genfer Konferenz	S. 3
Hierl-Gedanken	S. 5
Adolf Arndt 50 Jahre	S. 6

"Gesamtdeutsche Bewegung"

-s. Nach der Berliner Konferenz ist in Bonn von verschiedenen Seiten die Frage angeschnitten worden, auf welchen Wegen sich der Gedanke der deutschen Wiedervereinigung und die Hilfe für unsere Landsleute in der Sowjetzone beleben lassen. Ausgangspunkt dieser Überlegung war die Ansicht, daß nach den Berliner Verhandlungen der Außenminister nicht nur Anlaß besteht, die praktische Hilfe für die in der Zone lebenden Deutschen zu vermehren, sondern auch die deutsche Forderung nach der Wiedervereinigung energischer als bisher zu vertreten. Es besteht die Gefahr, daß nicht nur Moskau, sondern auch Paris, London und Washington die Vorteile, die sich für die vier Besatzungsmächte aus der Teilung Deutschlands ergeben, höher einschätzen, als echte Bemühungen um die Wiedervereinigung. Aber für Deutschland, und das hat nicht nur die SPD erklärt, sondern das haben Sprecher der Koalitionsparteien (und der Bundeskanzler selber) bestätigt, gibt es kein Hinnehmen der Teilung Deutschlands. Es steht vielmehr fest, und auch das wurde nicht nur von der SPD betont, daß der Frieden in Europa und damit das Leben der Deutschen in West und Ost so lange nicht als gesichert angesehen werden können, als die Teilung Deutschlands andauert. Die Bundesrepublik hat die Pflicht, alles ihr mögliche zu unternehmen, was die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit herbeiführen kann.

Der aus der BHE-Fraktion kommende Gedanke einer "Gesamtdeutschen Spende" ist - das ist inzwischen überall mit Bedauern eingesehen worden - nicht realisierbar, weil er wahrscheinlich für unsere Landsleute in der Zone mehr Nachteile als Vorteile bringen würde. Das aber wäre unsinnig. Es geht jetzt nicht um Demonstrationen der Opferbereitschaft oder um deklamatorische Versicherungen unseres Willens für die Wiedervereinigung, sondern um praktische Schritte. Die Verwirklichung des Planes, eine "Gesamtdeutsche Bewegung" in der Bundesrepublik ins Leben zu rufen, kann ein solcher Schritt werden, wenn es gelingt, was erst noch bewiesen werden muß, diese Aktion so zu gestalten, daß sie tatsächlich eine Mobilisierung aller Kräfte und Menschen wird, die in der Einheit das wichtigste Ziel der deutschen Politik sehen und gleichzeitig bereit sind, unter Verzicht auf persönliche und andere, mit der Sache nicht direkt zusammenhängende Nutzeffekte das Los der 18 Millionen Deutschen in der Zone zu erleichtern. Eine "Gesamtdeutsche Bewegung", deren Träger in irgendeiner Hinsicht eine materielle oder nur für eine bestimmte Partei einträgliche Honorierung erwarten, wäre indiskutabel.

Notwendig und auch möglich ist eine Bewegung, die entschlossen ist, bis in das kleinste Dorf der Bundesrepublik die Überzeugung zu tragen, daß die Wiedervereinigung das Ziel unserer Politik ist und wir zu beweisen haben, daß wir "nicht ruhen noch rasten" wollen, bis dieses Ziel erreicht ist. Es gilt, soweit nur irgend möglich, jede Trägheit des Geistes oder des Herzens zu überwinden und das ganze Volk für die Mitarbeit an der Sache der Einheit unseres Landes zu gewinnen. Es geht, wenn die "Gesamtdeutsche Bewegung" einen Sinn haben soll, um die echte Opferbereitschaft und den Einsatz jedes einzelnen, ohne Propaganda und ohne große Organisation, indem man bestehende Einrichtungen und Methoden zur Hilfe für die SBZ, soweit sie sich bewährt haben, ausbaut und fördert. Wenn das erkannt wird, dann werden sich alle Fraktionen des Bundestages, die Gewerkschaften, die einzelnen Bürger der Bundesrepublik und die Verbände unserer Wirtschaft in der Gründung dieser Bewegung zusammenfinden können. Die Entscheidung darüber, ob diese Voraussetzungen gegeben sind, wird in den nächsten Wochen fallen. Es wäre an der Zeit, zu handeln. Hoffen wir, daß alle, die es angeht, das begreifen.

+ + +

Genf aus britischer Perspektive

F.S.-London

"Wir sollten hier und jetzt dem chinesischen Volk, dessen Regierung wir anerkennen, versichern, daß wir den Wunsch haben, mit ihm, ebenso wie mit dem russischen Volk, befreundet zu sein, und daß China von diesem Lande nichts zu befürchten hat. Wir müssen alle hoffen, daß die Konferenz etwas bringen wird".

(Attlee)

"Ich hoffe ernstlich, daß diese Zusammenkunft der in Korea und dem Fernen Osten beteiligten Mächte zustande kommt... Sie wird in ein paar Wochen stattfinden und hat eine bessere Wahrscheinlichkeit, Früchte zu bringen, als die Konferenz in Berlin".

(Churchill)

Die Hoffnung, daß die Konferenz in Genf zu einem besseren Ende führen werde, als die Zusammenkunft der Außenminister in Berlin, wurde also nicht nur vom Führer der Opposition und nach ihm vom Premierminister ausgesprochen, sie wurde von allen Rednern erwähnt, die zu diesem Thema in der auswärtigen Debatte im Unterhaus sprachen. Gleichzeitig wurde verschiedentlich, zum Beispiel von Sir Winston, zum Ausdruck gebracht, "daß weitere Zusammenkünfte zwischen den Beteiligten keineswegs ausgeschlossen sind".

Vor der Eröffnung der Berliner Gespräche schrieb die "Prawda", daß "die wichtigste Frage heute die Wiedernerstellung des rechtmäßigen Status der chinesischen Volksrepublik in den Vereinten Nationen" sei. Und Molotow beantragte in seiner ersten Rede "die Zusammenkunft der Außenminister Frankreichs, des United Kingdom, der USA, Sowjet-Rußlands und der chinesischen Volksrepublik" in einer Fünfer-Konferenz. Schließlich erklärte er sich in dem Schluß-Kommuniqué einverstanden, daß auch "andere interessierte Staaten eingeladen" werden, und daß die Einladung keinesfalls eine diplomatische Anerkennung für Regierungen bedeuten würde, die sie nicht schon vorher besaßen. Das kommunistische China wird in Genf also nicht als einladende, sondern nur als eingeladene Macht erscheinen, ohne von den USA anerkannt zu sein und neben Nord- und Südkorea mit 13 anderen eingeladenen Nationen gleichberechtigt sein. Immerhin wog für Molotow die Tatsache, daß eine Konferenz mit Rotchina überhaupt zustande kommt, ungleich schwerer als die einschränkende Bestimmung der damit nicht vollzogenen Anerkennung durch die USA. Damit war in so kurzer Zeit ohnehin nicht zu rechnen.

Auch Außenminister Dulles hat Bedingungen fallen lassen, die in der Politik der USA bisher eine Rolle spielten. Die Zustimmung zu

einer Konferenz, an der auch China vor Abschluß ~~der~~ ^{der} Waffenstillstands-Verhandlungen in ~~Korea~~ ^{Genf} teilnimmt, war keine leicht gewährte Konzession. Sie erschien aber immer noch vorteilhaft im Vergleich zu der Gefahr, Frankreichs Partnerschaft zu verlieren, das mit Peking in Verhandlungen über Indochina zu kommen wünscht. Daran ist ja auch Großbritannien wegen seiner Fern-Ost-Sorgen interessiert, denn ein kommunistischer Sieg in Indochina würde sich vor allem auf die englische Politik in Südostasien, Malaya und Burma, auswirken. Washington ist zwar zu einer Unterstützung Frankreichs in Indochina bereit; die französische Regierung möchte diese Hilfe aber nur widerstrebend annehmen, weil sie befürchtet, daß dadurch ein offenes Eingreifen der chinesischen Kommunisten zu befürchten ist, die Ho Chi Minh mit seiner kommunistischen Vietminh-Front jederzeit verstärken können.

Andererseits besteht aber ein russisches Interesse, Frankreich auf Kosten Chinas Zugeständnisse zu gewähren, falls Moskau hierdurch Einfluß auf die Europa-Politik des Quai d'Orsay erhält. Außenminister Bidault erklärte zwar, daß die Konferenz in Genf keinesfalls die Haltung der französischen Regierung in dieser Frage beeinflussen würde. Ob diese Versicherung aber im Falle einer Zuspitzung der Lage in Indochina aufrecht erhalten wird, hängt von der Kammer ab, die über den Beitritt zur EWG zu entscheiden hat, wobei es ihr wichtig sein wird, ob ihr Zugeständnisse von russischer oder englisch-amerikanischer Seite gewährt werden. Hier schaltet sich von selbst das deutsche Problem ein: Solange Frankreich Truppen nach Indochina senden muß, solange hält es, mehr noch als normalerweise, die deutsche Aufrüstung für einen gefährlichen Faktor.

Der amerikanische Außenminister hat erreicht, daß sich die Verhandlungen in Genf lediglich auf den indochinesischen und koreanischen Komplex beschränken. Inwieweit sich aber dieser Standpunkt während der Konferenz durchsetzt, ist ungewiß. Nachdem sich die chinesische Regierung von der Bittsuchung, nur als eingeladen und nicht voll anerkannte Macht zugelassen zu sein, erholt hat, läßt sie in Presse- und Rundfunkkommentaren keinen Zweifel, daß sie sich als fünfte Weltmacht, von der ja in Genf vieles abhängt, durchzusetzen beabsichtige und das Verhandlungsprogramm vor allem auf das Formosa-Problem erweitern wolle. Tschiang Kai-scheks Regierung vertritt China immer noch in den Vereinten Nationen, ihre Ablösung durch einen Vertreter des kommunistischen Mao Tse-tung würde der Volksrepublik eine hervorragende Stellung auch im Vergleich zu anderen asiatischen Ländern geben.

Es ist sicher, daß in der Kornfrage der Genfer Konferenz, der Einschätzung Rot-Chinas, zwischen Washington und London erhebliche Unterschiede bestehen, wobei die britische Auffassung ohne Zweifel realistischer ist. Die britische Diplomatie wird vor der ungemein schwierigen Aufgabe stehen, an diesem ihrem vernünftigen Standpunkt festzuhalten, vielleicht sogar zu versuchen, die amerikanischen Freunde dafür zu erwärmen, dafür aber ein handfestes sowjetisches Entgegenkommen einzuhandeln und nicht etwa nur den Russen zu einem Erfolg zu verhelfen, ohne entsprechende Gegenleistung.

+ + +

Brauner Privatdruck

rg. "Gedanken hinter Stacheldraht - Eine Lebensschau", nennt Konstantin Hierl einen von Kurt Vowinkel Verlag herausgebrachten Privatdruck, der 160 Seiten umfaßt und für einen Subskriptionspreis von RM 5,80 zu beziehen war.

Man erwartet zunächst von dem einstmaligen Reichsarbeitsführer, daß er ein wenig über sein Wirken sagt, daß er vielleicht sogar etwas Selbstkritik aufbringen werde. Aber der Stacheldraht erweist sich hier wieder einmal auch als ein Denkhindernis. Herausgekommen ist eine kauderwelsche, stilistisch an Hitlers "Kampf" angelehnte, allgemeine Weltanschauungslehre, die frei ist von jedem Bezug auf zeitgenössisches Denken. Der frühere Arbeitsdienst wird mit keinem Wort erwähnt. Hierl bietet ein pathetisch verbräuntes Bündel von Binsenwahrheiten an, keine "Feinkost", wie er ausdrücklich bemerkt, sondern "tägliches Brot, für das Volk genießbar gemacht". Das ist genau die trübe Weltanschauungslauge, die das Programm der NSDAP und ihrer Gauleiter durchtränkte, eine öde, durchdringend langweilige Selbstbespiegelung.

Für Hierl liegt die Erklärung des Ablaufs aller Ereignisse, die ihn zum Beispiel hinter Stacheldraht brachten, in der verblüffenden "Erkenntnis", daß die göttliche Weltenlenkung die Entwicklung zwischen entgegengesetzten Polen "pendeln" lasse, einmal mehr in Richtung auf Selbstbestimmung, einmal in Richtung auf autoritäre Lenkung. Entwicklung im Wortsinne wird also verneint. Nach Hierl ist immer wieder für "große Führer" Platz. Auch wenn die Jugend gezwungen ist, "sich in

Gegensatz zu den vorherrschenden Anschauungen der unmittelbar vorhergehenden Generationen zu setzen... sollen die Jungen die vom Kampf des Lebens mit Narben bedeckten Kämpfer achten und ehren". Darum geht es dem alten Reichsarbeitsführer zutiefst. Wenige Seiten später sagt er es noch einmal und deutlicher: "Ein Volk, das seine Vorgangeneit nicht achtet in allen ihren Epochen, verdient keine Zukunft".

Wir lesen auch: "Ich glaube, daß das leidgeprüfte deutsche Volk im gegenwärtigen Zeitalter... dazu berufen ist, aus seinem Schoße einen neuen Idealismus zu gebären, auf dessen Grund eine Wiedergeburt Europas erfolgen kann". In reelles Deutsch übersetzt, heißt das: Das deutsche Volk verdient erst eine Zukunft, wenn es auch diejenigen achtet, die es in die schlimmste moralische, nationale und militärische Katastrophe seiner Geschichte geführt haben. Hat es sich in solcher selbstmörderischen Prüfung bewährt, so steht der Entfaltung seiner Sendung für Europa nichts mehr im Wege...

"Schwarze" Kapitel gibt es gewißlich in der Geschichte aller Völker, aber die Völker setzen den Regenten solcher Epochen gemeinhin keine Denkmäler und die Deutschen tun es, bis auf eine verschwindende Zahl Unbelehrbarer, auch nicht. Immerhin scheint Konstantin Hierl zu diesen Unbelehrbaren zu gehören. Hätte er eine Lanze für den ehemaligen Arbeitsdienst zu brechen versucht, so hätte ihm das niemand verübeln können. Das hier Gebotene ist so gefährlich wie dumm.

+ + +

Adolf Arndt 50 Jahre

f. Als Adolf Arndt am 12. März 1904 in Königsberg geboren wurde, wäre es wohl niemandem eingefallen, ihm voranzusagen, daß er eines Tages zu den ersten Köpfen der Deutschen Sozialdemokratie gehören würde. Der Vater, bekannter konservativer Staatsrechtslehrer, war im Geburtsjahr Adolf Arndts Rektor der Universität Königsberg. Die Mutter stammte aus einer alten Juristen- und Offiziersfamilie. Auf die Frage seiner Exzellenz, des Herrn Oberpräsidenten von Ostpreußen, was er denn einmal werden wolle, antwortete der Knabe Adolf Arndt nach verbürgter Überlieferung: "Exzellenz, Exzellenz, aber Militär-Exzellenz!"

Doch diese Jungenträume dauerten nicht lange. Nachdem Adolf Arndt in Obertertia zunächst einmal sitzengelassen war, machte er 1922 sein Abitur, und studierte anschließend Jura: 1925 in Kassel Referendar, 1926 in Marburg Dr. jur., 1929 in Berlin Assessor. Danach war er bei dem berühmten Rechtsanwalt Prof. Alsberg tätig, bis er 1930 Richter wurde. Gleichzeitig war er Fakultäts-Assistent des hervorragenden Staatsrechtlers Heinrich Triepel und des bekannten Strafrechtlers James Goldschmidt. Sein Plan, sich zu habilitieren, wurde durch die "Machtergreifung" zunichte gemacht. Auch mußte Arndt 1933 sein Richteramt aufgeben. Er war dann als Rechtsanwalt in Berlin tätig, bis er schließlich zur Zwangsarbeit "eingezogen" wurde.

In die Jahre des NS-Regimes fällt auch der erste Kontakt Adolf Arnolds mit der Sozialdemokratie. Seit 1934 beriet er u.a. Wilhelm Leuschner, sowie den letzten ADGB-Vorsitzenden Leipart und den letzten Direktor der Arbeitsbank, Bacher. In dieser Zeit entwickelte sich auch die Zusammenarbeit mit seinem jetzigen Fraktionssekretär-Kollegen Walter Menzel.

Nach dem Zusammenbruch hat Arndt es als seine selbstverständliche Pflicht angesehen, aktiv am demokratischen Wiederaufbau mitzuwirken. Nach längerer Tätigkeit im hessischen Staatsdienst ging er 1948 für die Sozialdemokratie in den Frankfurter Wirtschaftsrat. Nach seiner Wahl zum Abgeordneten des ersten Bundestages für den Wahlkreis Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg übernahm er die Aufgaben eines Sekretärs der Bundestagsfraktion und wurde gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Rechtsausschusses. Seit dieser Zeit hat Arndt immer wieder bewiesen, daß er nicht nur ein hervorragender Jurist, sondern auch ein leidenschaftlicher Politiker und einer der besten Redner des Bundestages ist. Wie kaum ein anderer hat er die Gabe, sich Gehör zu verschaffen und in einfachen Worten den Kern der politischen und rechtlichen Fragen, um die es geht, aufzuzeigen und seine Argumente mit großer Überzeugungskraft vorzutragen.

Fragt man, worin die politische Kraft dieses Mannes ihre Quelle hat, so wird man sagen können: In der gerade durch die Erfahrungen mit dem NS-Regime geklärten sittlichen Verpflichtung, um Freiheit und Recht zu kämpfen. Dieser Kampf ist der Kern seines Wirkens. Die harte Klarheit in diesem Kampf hat Arndt vielen Groll und - leider - auch Diffamierungsversuche seiner politischen Gegner eingebracht. Er hat sich dadurch nicht beirren lassen.

Viele fragen, wie denn der "private" Arndt, der feinfühlige, gebildete und fast bescheidene Mensch, der im persönlichen Gespräch wie ein Künstler oder Wissenschaftler wirkt, zu vereinbaren sei mit dem "offiziellen" Arndt, dem redogewaltigen "Tribunen" des politischen Kampfes. Wer ihn kennt, weiß, daß es keine zwei Arnolds gibt, sondern nur eine starke Persönlichkeit, der Freiheit des Geistes - und das heißt immer auch politische Freiheit - sowie Recht des Menschen und des Staatsbürgers Werte sind, die man behutsam pflegen, um die man aber auch, wenn sie bedroht sind, entschlossen kämpfen muß. Dies haben nicht zuletzt die Wähler gewußt, die Adolf Arndt am 6. September 1953 erneut in direkter Wahl als ihren Abgeordneten in den zweiten Bundestag entsandt haben.

An seinem 50. Geburtstag wünschen wir Adolf Arndt und uns, daß auch in den kommenden Jahren Freiheit und Recht, die heute bedrohter sind als je in den Jahren des ersten Bundestages, in ihm einen ihrer ersten Streiter haben werden.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau